



한독 청년 네트워크
NETZWERK JUNGE GENERATION
DEUTSCHLAND-KOREA



Kampf gegen die Lüge: **Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt**

Ein Thesenpapier von
Julian Klose und Romany Schmidt geschrieben für das
Netzwerk Junge Generation Deutschland Korea

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

verfasst von Julian Klose und Romany Schmidt

im Rahmen der AG Themen & Politik

Veröffentlicht:

November 2025 auf

www.netzwerk-junge-generation.de

Inhaltsverzeichnis

Kontakt: Netzwerk Junge Generation Deutschland-Korea c/o g+h communication Leibnizstraße 28 10625 Berlin +49 (0)30 31017922 info@netzwerk-junge-generation.de	Einleitung -3-
Redaktion: Anna Werner Viviane Brockel Karlotta Marie Hohmann Dilara Braun	Täuschung als Risiko: Gemeinsame Sorge, verschiedene Antworten -3-
	Deutschland unter Druck: Desinformation wächst schneller als die Gegenmaßnahmen -4-
	Lösungsstrategien gegen Desinformation in Deutschland -7-
	Verbesserungspotenzial und aktuelle Herausforderungen für Deutschland -9-
Layout: Romany Schmidt	„He says, she says“ und das Spiel mit der Wahrheit – Desinformation in Südkorea -9-
	Wie Südkorea Desinformationskampagnen begegnet -12-
	Verbesserungspotenzial und Herausforderungen für Südkorea -14-
Gefördert vom:	Geteilte Herausforderungen, gemeinsame Chancen -15-
	Fazit -17-
	Literatur -18-
	Über die Autor:innen -24-
	Nachwort -24-



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

Gezielt gestreute Falschinformationen haben sich in den vergangenen Jahren weltweit zu einem mächtigen Werkzeug entwickelt, um demokratische Prozesse zu manipulieren, Gesellschaften zu polarisieren und das Vertrauen in politische Institutionen zu untergraben. Besonders während Wahlkämpfen erleben demokratische Staaten weltweit eine Zunahme koordinierter Desinformationskampagnen. Diese bedienen sich dabei moderner Technologien wie Künstlicher Intelligenz, Deepfakes und anonymisierten Botsystemen. Ihre Verbreitung erfolgt oft über soziale Netzwerke und Messaging-Dienste, wo Algorithmen emotionalisierende Inhalte bevorzugt ausspielen und so zur Verstärkung gesellschaftlicher Spaltung beitragen. Sowohl Deutschland als auch Südkorea – zwei hochentwickelte, demokratische Staaten mit leistungsfähigen Digitalinfrastrukturen – sehen sich zunehmend mit diesen Herausforderungen konfrontiert. Beide Länder haben in jüngerer Zeit Maßnahmen gegen Desinformation ergriffen, stehen jedoch vor einem Dilemma: Der Schutz demokratischer Prozesse erfordert staatliches Eingreifen, birgt jedoch stets die Gefahr insbesondere die Meinungs- und Pressefreiheit zu beschneiden. Die unterschiedlichen politischen Kulturen, historischen Erfahrungen und institutionellen Rahmenbedingungen führen dazu, dass Deutschland und Südkorea sehr unterschiedliche Strategien zur Bekämpfung von Desinformation verfolgen – mit je eigenen Chancen und Risiken.

Die folgende Analyse widmet sich den spezifischen Ausprägungen, Dynamiken und Gegenmaßnahmen in Deutschland und Südkorea und geht der Frage nach, wie der Schutz vor Desinformation gelingen kann, ohne demokratische Prinzipien zu kompromittieren.

Täuschung als Risiko: Gemeinsame Sorge, verschiedene Antworten

Sowohl in Deutschland als auch in Südkorea wird Desinformation grundsätzlich als die bewusste Verbreitung falscher oder irreführender Informationen verstanden, mit dem Ziel, die öffentliche Meinung zu manipulieren (Bundesregierung, 2021; Lee, 2024). Im Zentrum steht in beiden Ländern der Aspekt der Täuschungsabsicht: Der Absender ist sich der Unwahrheit der Inhalte bewusst und nutzt diese strategisch zur politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Einflussnahme (Verfassungsschutz, o.J.; Medienanstalt NRW, o.J.; vgl. auch Lee, 2024). Während in Deutschland in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte klar zwischen absichtlicher Desinformation und unbeabsichtigter Fehlinformationen unterschieden wird (FES, 2023), wird in Südkorea diese begriffliche Trennung seltener vorgenommen. Nach Lee (Lee, 2024) werden dort Begriffe wie „Fake News“ und „Desinformation“ häufig synonym verwendet, wobei der Fokus weniger auf der Absicht der Täuschung als vielmehr auf den gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen falscher Informationen liegt. Gleichzeitig zeigt sich in der Praxis ein deutlicher Unterschied im Umgang mit dem Phänomen: In Deutschland ist der Diskurs stark von europäischen Rahmenwerken wie dem Digital Services Act geprägt, die auf Transparenz und Plattformregulierung zielen (Bundesregierung, 2021). In Südkorea hingegen dominiert eine sicherheitspolitisch geprägte Perspektive, die vor allem auf nationale Stabilität, Kontrolle digitaler Medien und den Schutz vor ausländischer Einflussnahme fokussiert ist (The Diplomat, 2024; Korea Herald, 2024). Trotz dieser unterschiedlichen Kontexte und Gewichtungen teilen beide Länder die grundlegende Einschätzung, dass Desinformation eine ernstzunehmende Bedrohung für demokratische Prozesse und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

darstellt (Reuters Institute, 2024; 2023; FES, 2023). Diese gemeinsame Grundlage bildet den Ausgangspunkt für die folgende Analyse der deutschen Maßnahmen zur Eindämmung gezielter Täuschungsversuche.

Deutschland unter Druck: Desinforma- tion wächst schneller als die Gegenmaßnahmen

Auch Deutschland sieht sich in zunehmendem Maße mit gezielten Desinformationskampagnen konfrontiert, die darauf abzielen, demokratische Prozesse zu untergraben, gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen und das Vertrauen in Institutionen zu schwächen. Die Gefahr zeigte sich besonders deutlich im Vorfeld der Europawahl 2024 und im Kontext der Bundestagswahl 2025. In sozialen Netzwerken wie Telegram, TikTok, Facebook und X (vormals Twitter) verbreiteten koordinierte Netzwerke gezielt irreführende oder manipulierte Inhalte.

So identifizierte das Institute for Strategic Dialogue (ISD, 2024) ein Netzwerk von über fünfzig Konten auf X, das im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 mithilfe von KI-generierten Videos und Medien-Imitationen Desinformation über deutsche Politiker:innen verbreitete. Ähnliche Muster zeigten sich bereits zur Europawahl 2024, als laut Trollrengs und Euronews ein Netzwerk von rund 50.000 Accounts in Deutschland, Frankreich und Italien aktiv war, das systematisch Falschinformationen zu Parteien und Kandidat:innen verbreitete (Euronews, 2024). Der European Digital Media Observatory (EDMO) dokumentierte zudem auf Telegram gezielte Falschmeldungen über angeblich ungültige Wahlverfahren und strafbare Wahlteilnahmen (EDMO, 2024). Auch TikTok wurde laut Deutsche Welle vermehrt genutzt, um Misstrauen gegenüber Medien und demokratischen Institutionen zu schüren (DW, 2024).

Neben klassischen Falschmeldungen kamen zunehmend auch KI-generierte

Deepfakes zum Einsatz, die Politiker:innen manipulierte Aussagen zuschrieben oder ideologisch aufgeladene Themen instrumentalisierten. So deckte Correctiv (2025) eine russisch gesteuerte Desinformationskampagne auf, in der gefälschte Videos und Artikel verbreitet wurden, die unter anderem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck diffamierten und ihm erfundene Äußerungen zuschrieben. Ähnlich zeigte eine Analyse der Deutschen Welle (2024), dass vor der Europawahl und im Vorfeld der Bundestagswahl KI-erstellte Propagandavideos kursierten, in denen etwa die Alternative für Deutschland (AfD) mit synthetischen Szenen für ein vermeintlich „traditionelles Deutschland“ warb und Narrative über die Abschaffung klassischer Familienverte oder die Einführung sogenannter Gender-Lehrpläne verstärkte.

Das digitale Umfeld hat sich dabei als besonders anfällig erwiesen: 24 Prozent der Deutschen informieren sich laut forsia-Umfrage über soziale Medien, bei den 14- bis 24-Jährigen sind es sogar 59 Prozent. Gleichzeitig verliert die journalistische Berichterstattung an Vertrauen – nur noch 41 Prozent der Befragten halten Nachrichtenangebote für verlässlich, ein Rückgang von sieben Prozentpunkten gegenüber 2022 (Medienanstalt NRW, 2024). Desinformationen stoßen somit auf ein Publikum, das zunehmend empfänglich für emotionale und vereinfachende Erzählungen ist. Laut einer weiteren Erhebung sehen 87 Prozent der Bevölkerung Desinformation als Gefahr für die gesellschaftliche Spaltung, 83 Prozent fürchten eine politische Radikalisierung.

Vor diesem Hintergrund haben staatliche Institutionen Maßnahmen zur Eindämmung von Desinformation verstärkt. Eine zentrale Rolle spielt das reformierte Digitale-Dienste-Gesetz (DDG), das im Mai 2024 in Kraft trat und das frühere Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) ersetzt (FSM, 2024). Anders als das NetzDG, das vor allem die

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Antworten

Deutschland unter Druck: Desinformation wächst schneller als die Gegenmaßnahmen

Lösungsstrategien gegen Desinformation in Deutschland

Verbesserungspotenzial und aktuelle Herausforderungen für Deutschland

„He says, she says“ und das Spiel mit der Wahrheit – Desinformation in Südkorea

Wie Südkorea Desinformationskampagnen begegnet

Verbesserungspotenzial und Herausforderungen für Südkorea

Geteilte Herausforderungen, gemeinsame Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

schnelle Löschung offenkundig rechtswidriger Inhalte auf Plattformen ab einer bestimmten Nutzerzahl fokussierte, geht das DDG deutlich weiter: Es verpflichtet große Online-Plattformen zu umfassender Transparenz, regelmäßigen Risikoprüfungen zu potenziellen Schäden durch Desinformation, zur Protokollierung und Veröffentlichung von Moderationsentscheidungen und zu schnellen Reaktionen auf gemeldete problematische Inhalte (Merlin, 2024). Bei Verstößen drohen empfindliche Bußgelder, die sich nach der Größe und dem Umsatz der Plattform richten (Bundesnetzagentur, 2024)

Die Neuregelung orientiert sich eng am Digital Services Act (DSA) der Europäischen Union, einem 2022 verabschiedeten Rechtsrahmen, der erstmals EU-weit einheitliche Pflichten für sehr große Online-Plattformen festlegt (Welt, 2022). Der DSA fordert unter anderem Risikomanagement, Transparencyberichte, externe Audits und Mechanismen zum Melden schädlicher Inhalte. Ziel ist es, den digitalen Raum sicherer, transparenter und demokratieverträglicher zu gestalten, indem systemische Risiken wie Desinformation, sogenannte Hassrede oder gezielte Manipulation reduziert werden.

Als institutionelle Antwort wurde 2023 das Bundeszentrum für digitale Resilienz (BZDR) gegründet. Es fungiert als Koordinierungsstelle zwischen Bund, Ländern, Medien, Plattformen und Zivilgesellschaft. Ziel ist es, hybride Bedrohungen wie Desinformation gezielter abzuwehren und eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu ermöglichen. Die Kooperation mit Fact Checking Organisationen wie CORRECTIV, dem ARD Faktenfinder oder Mimikama unterstützt die schnelle Identifikation und Eindämmung von Falschinformationen.

Fact Checking Organisationen arbeiten dabei nach festen Prozessen: So über-

wacht CORRECTIV beispielsweise kontinuierlich Plattformen wie Telegram, Facebook, Instagram oder Twitter, erkennt potenzielle Desinformation durch virale Inhalte und meldet sie über eine CrowdNewsroom Plattform (z. B. Tipp Leitungen), bevor sie mit traditionellen und digital forensischen Methoden (z. B. Geolokalisierung von Bildern/Videos, Meta-Datenanalyse, KI-gestützte Mustererkennung) verifiziert werden.(Correctiv, 2021). Parallel dazu entwickeln Initiativen Lern- und Trainingsangebote für Video und Deepfake Verifikation (z. B. das „Faktenforum“ von CORRECTIV in Kooperation mit der), um mit der technischen Raffinesse der Täuschungen (z. B. KI generierte Deepfakes) Schritt zu halten.

Zwar liegt der Schwerpunkt dieser Maßnahmen auf Reaktion und Aufklärung – etwa durch Veröffentlichung geprüfter Falschmeldungen oder Hinweise auf Manipulation – doch angesichts des wachsenden Volumens an Desinformation, insbesondere vor Wahlen, wird deutlich, dass die Prozesse weiter skaliert werden müssen (z. B. automatisierte Tools, Datenbanken für Wiederholungsmuster, engere Kooperation mit Plattformbetreibern).

Eine tragende Säule der deutschen Strategie ist die Förderung von Medienkompetenz. Zahlreiche Bildungsinitiativen – etwa der „Fake Train“ der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de, 2024) oder der DigitalCheckNRW in Nordrhein Westfalen (Medienkompetenzrahmen NRW, 2024) – sollen insbesondere junge Menschen befähigen, Desinformation zu erkennen und einzuordnen. Ein Pilotprojekt in Nordrhein Westfalen, das 2024 gestartet wurde, befindet sich 2025 in der zweiten Phase, in der Online Workshops, Erklärvideos und weitere Bildungsangebote umgesetzt werden; die Initiative richtet sich an Lehrkräfte, Multiplikator:innen und Schulen und soll bundesweit ausgeweitet werden (Landtag NRW, 2025, Medienanstalt NRW,

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Antworten

Deutschland unter Druck: Desinformation wächst schneller als die Gegenmaßnahmen

Lösungsstrategien gegen Desinformation in Deutschland

Verbesserungspotenzial und aktuelle Herausforderungen für Deutschland

„He says, she says“ und das Spiel mit der Wahrheit – Desinformation in Südkorea

Wie Südkorea Desinformationskampagnen begegnet

Verbesserungspotenzial und Herausforderungen für Südkorea

Geteilte Herausforderungen, gemeinsame Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

2025).

Die „Bayern Allianz gegen Desinformation“, ein öffentlich-privates Bündnis aus Staat, Zivilgesellschaft und Technologieunternehmen, setzt zudem auf Faktenchecks, Mitarbeitertrainings und die Stärkung von Qualitätsjournalismus (Bayern, 2025). Darüber hinaus ist Deutschland auf europäischer Ebene aktiv: Es beteiligt sich an Initiativen wie EUvsDisinfo und dem European Digital Media Observatory (EDMO), die grenzüberschreitende Faktenprüfung, Forschung und Informationsaustausch fördern (EDMO, 2025, EDMO, 2024). Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe der Bundesregierung beschäftigt sich speziell mit hybriden Bedrohungen – also Sicherheitsrisiken, die digitale und klassische Mittel kombinieren, um demokratische Strukturen, gesellschaftlichen Zusammenhalt oder das Vertrauen in Institutionen zu untergraben. Diese können etwa Desinformationskampagnen, Deepfakes, Propaganda in traditionellen Medien oder koordinierte Cyberangriffe umfassen und zeigen, dass moderne Bedrohungen oft mehrere Ebenen gleichzeitig betreffen, weshalb eine koordinierte Zusammenarbeit von Behörden, Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft notwendig ist.

Trotz dieser Bemühungen steht Deutschland weiterhin vor grundlegenden Herausforderungen. So warnen zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) vor einem übergriffigen Einsatz automatisierter Löschalgorithmen. Diese Systeme können Inhalte ohne menschliche Prüfung sperren oder löschen, wodurch auch legitime Meinungsäußerungen betroffen sein können („Overblocking“) (Freiheit, 2018). Neben Löschungen kommen weitere Maßnahmen zum Einsatz, wie De-platforming, Labeling von Inhalten oder die Anpassung von Feed-Algorithmen, die alle unterschiedliche Eingriffe in die Informationslandschaft darstellen (SWP, 2024).

Auch der rechtliche Rahmen bleibt in Teilen vage – insbesondere ist eine präzise Abgrenzung zwischen Desinformation und legitimer Meinungsäußerung weiterhin umstritten. Ein weiterer Kritikpunkt ist die mangelnde Transparenz der Plattformbetreiber: Sie legen oft nicht offen, nach welchen Kriterien Inhalte gelöscht werden, welche Reichweiten von automatisierten Löschungen betroffen sind oder wie zugänglich Daten für unabhängige Forschung sind. So klagte die GFF 2025 gegen X, da die Plattform Forschenden den Zugang zu Daten über Reichweiten, Likes und Shares verweigerte (Freiheitsrechte, 2025). Studien zeigen zudem, dass das neue Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) bzw. die Umsetzung des Digital Services Act (DSA) bislang nur teilweise praktikabel umgesetzt wird (Arxiv, 2025).

Eine wichtige Analyse liefert die Stiftung Neue Verantwortung gemeinsam mit dem Weizenbaum-Institut in ihrem Policy Paper „Enabling Research with Publicly Accessible Platform Data: Early DSA Compliance Issues and Suggestions for Improvement“ (2024). Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der Datenzugang nach Art. 40 DSA zwar formal vorgesehen ist, die praktische Nutzbarkeit und Transparenz jedoch stark begrenzt ist. Sie fordert eine Nachschärfung gesetzlicher Definitionen, verbindliche Offenlegungsformate und eine bessere institutionelle Abstimmung zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Plattformaufsicht (weizenbaum-institut.de).

Hinzu kommt eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung: Rechtspopulistische Gruppen kritisieren Maßnahmen gegen Desinformation häufig als „Zensur“ oder „Meinungskontrolle“. Studien zeigen, dass Menschen mit stärker rechtsgerichteten Einstellungen oder diejenigen, die das Gefühl haben, dass ihre Ansichten in Medien oder auf Plattformen benachteiligt werden, tendenzi-

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

ell misstrauischer gegenüber staatlichen und mediengestützten Initiativen im Bereich Desinformation sind (MiWi-Institut, 2024). Gleichzeitig belegen Umfragen der Bertelsmann Stiftung, dass die Wahrnehmung von Desinformation und Polarisierung das Vertrauen in Medien und demokratische Institutionen beeinflussen kann (Bertelsmann Stiftung, 2024). Diese Befunde legen nahe, dass politische Polarisierung die gesellschaftliche Akzeptanz staatlicher Strategien gegen Desinformation in bestimmten Bevölkerungsgruppen erschwert. Auch einzelne Abgeordnete der AfD warfen Plattformen und Regierung öffentlich vor, ein „Zensurkartell“ zu etablieren (AfD, 2023). In diesem Klima wird es schwieriger, faktenbasierte Kommunikation als gemeinsamen Bezugspunkt aufrechtzuerhalten.

Um die Resilienz der demokratischen Öffentlichkeit langfristig zu stärken, bedarf es nicht nur technischer und gesetzlicher Anpassungen, sondern auch eines inklusiveren und transparenteren Ansatzes. Unter Transparenz wird dabei verstanden, dass Entscheidungen über den Umgang mit Desinformation – etwa welche Inhalte als problematisch gelten, wie Plattformen diese behandeln und nach welchen Kriterien Moderationsentscheidungen getroffen werden – nachvollziehbar und überprüfbar sind. Derzeit wird kritisiert, dass Plattformen wie X, Facebook oder TikTok häufig nicht offenlegen, wie automatisierte Lösralgorithmen funktionieren oder welche Inhalte gesperrt werden, wodurch legitime Meinungsäußerungen betroffen sein können (Freiheitsrechte, 2025). Auch Bürger:innen selbst beklagen in Umfragen, dass sie oft nicht verstehen, wie Desinformation bewertet und bearbeitet wird, was das Vertrauen in staatliche Maßnahmen mindern kann (Bertelsmann Stiftung, 2024).

Die Bundesregierung hat angekündigt, den Einbezug zivilgesellschaftlicher Organisationen zu erweitern, um Be-

wertungen, Richtlinienentwicklung und Forschung transparenter zu gestalten. Zugleich sollen gesetzliche Vorgaben präzisiert werden, sodass rechtliche Klarheit besteht, wann Maßnahmen gegen Desinformation zulässig sind, und Bildungsangebote werden niedrigschwelliger gestaltet, damit Bürger:innen die Prozesse besser nachvollziehen können. Damit sollen die Strategien gegen Desinformation sowohl effektiv als auch demokratieverträglich umgesetzt werden. Deutschland steht – wie viele Demokratien – weiterhin vor der Aufgabe, das Gleichgewicht zwischen effektiver Gefahrenabwehr und dem Schutz bürgerlicher Freiheiten zu wahren. Der Umgang mit Desinformation bleibt damit eine zentrale demokratiepolitische Bewährungsprobe.

Lösungsstrategien gegen Desinfor- mation in Deutschland

Deutschland verfolgt einen multidimensionalen Ansatz zur Bekämpfung von Desinformation, der gesetzliche Regelungen, institutionelle Maßnahmen und Bildungsinitiativen miteinander verbindet. Ziel ist es, die Resilienz der demokratischen Öffentlichkeit – also die Fähigkeit von Bürger:innen und Institutionen, falsche Informationen zu erkennen, einzuordnen und deren Einfluss zu begrenzen – zu stärken, Vertrauen in Institutionen zu sichern und hybride Bedrohungen wie gezielte Desinformationskampagnen oder manipulative Inhalte wirksam abzuwehren.

1. Gesetzliche Regelungen

Mit dem Inkrafttreten des Digital Services Act (DSA) der Europäischen Union im Februar 2024 wurden europaweit neue Standards für den Umgang mit illegalen und potenziell schädlichen Inhalten im Internet gesetzt. Der DSA legt Regeln für große Online-Plattformen fest, darunter:

- Risikoprüfungen: Plattformen müssen prüfen, welche Inhalte oder

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung		
Täuschung als Risiko: Gemeinsame Sorge, verschiedene Antworten	Nutzer:innen potenziell Schaden anrichten können.	gekündigt im März 2025 durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Das Zentrum soll:
Deutschland unter Druck: Desinformation wächst schneller als die Gegenmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Transparenzberichte: Regelmäßige Veröffentlichung von Informationen darüber, wie Inhalte moderiert werden. ▪ Externe Audits: Unabhängige Prüfungen der Plattformpraktiken. ▪ Melde- und Beschwerdemechanismen: Nutzer:innen müssen leicht melden können, wenn Inhalte problematisch erscheinen. ▪ Das deutsche Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) setzt diese Vorgaben national um. Es regelt insbesondere: ▪ Zuständigkeiten der Behörden, also wer in Bund und Ländern für die Überwachung verantwortlich ist. ▪ Pflichten der Plattformen zu Transparenz (Nachvollziehbarkeit ihrer Moderationsentscheidungen) und schneller Entfernung rechtswidriger Inhalte. ▪ Bußgelder bei Verstößen, die sich nach Größe und Umsatz der Plattform richten. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Resilienz kritischer Infrastrukturen (wichtige Systeme und Einrichtungen, z. B. Strom, Kommunikation, Transport) stärken; ▪ hybride Bedrohungen, also Risiken, die digitale und klassische Mittel kombinieren, einschließlich Desinformation, analysieren und bekämpfen; ▪ als Koordinierungsstelle zwischen Bund, Ländern, Plattformen, Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren fungieren; ▪ die Zusammenarbeit mit Fact-Checking-Organisationen wie CORRECTIV, ARD-Faktenfinder oder Mimikama intensivieren, um Falschinformationen frühzeitig zu erkennen und einzudämmen.
Lösungsstrategien gegen Desinformation in Deutschland		Herausforderungen bestehen vor allem in der Ressourcenausstattung: Es bleibt abzuwarten, ob ausreichend Personal, technische Infrastruktur und finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um den wachsenden Bedrohungen durch Desinformation effektiv begegnen zu können (Security Insider, 2025).
Verbesserungspotenzial und aktuelle Herausforderungen für Deutschland		
„He says, she says“ und das Spiel mit der Wahrheit – Desinformation in Südkorea		
Wie Südkorea Desinformationskampagnen begegnet		
Verbesserungspotenzial und Herausforderungen für Südkorea		
Geteilte Herausforderungen, gemeinsame Chancen	Ziel ist ein sicheres und demokratieverträgliches Online-Umfeld, in dem die Meinungsfreiheit gewahrt bleibt, während gezielte Desinformationskampagnen erschwert werden. Kritiker:innen weisen jedoch auf Herausforderungen hin: Die Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Plattformen sind teilweise unklar, und praktische Durchsetzungsmechanismen müssen noch evaluiert werden (Deutscher Bundestag, 2024).	
Fazit	2. Institutionelle Maßnahmen	
Literatur	Ein zentraler Schritt auf institutioneller Ebene ist die Einrichtung des Zentrums für Digitale Resilienz in Darmstadt, an-	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Desinformation und manipulative Inhalte; ▪ Clickbaiting (irreführende Überschriften oder Darstellungen, die
Über die Autor:innen		
Nachwort		



Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

Aufmerksamkeit erzeugen sollen);

- Förderung von faktenbasierter Meinungsbildung und kritischer Nachrichtenbewertung.

Ziel ist es, die Bevölkerung für die Erkennung von Falschinformationen zu sensibilisieren, die Nutzung seriöser Informationsquellen zu fördern und Niedrigschwelligkeit sicherzustellen, um auch Erwachsene einzubeziehen (Bundesregierung.de, 2024).

Verbesserungspotenzial und aktuelle Herausforderungen für Deutschland

1. Effektivität der Gesetzgebung

- Obwohl das DDG die EU-Vorgaben des DSA umsetzt, äußerten Expert:innen die Notwendigkeit klarer Zuständigkeiten und effektiver Durchsetzungsmechanismen, insbesondere bei grenzüberschreitender Desinformation.
- Die praktische Umsetzung von Transparenzanforderungen für Plattformen bleibt teilweise unklar, und es bestehen Herausforderungen beim Monitoring automatisierter Moderationssysteme (Deutscher Bundestag, 2024).

2. Stärkung der Medienkompetenz

- Initiativen wie das „Jahr der Nachricht“ sind wichtige Schritte, aber die Wirksamkeit auf breiter Bevölkerungsebene muss noch erhöht werden.
- Zukünftige Programme sollten lebenslanges Lernen fördern und alle Altersgruppen einbeziehen, um die Resilienz gegenüber Desinformation flächendeckend zu stärken.

3. Ressourcen und Koordination

- Das Zentrum für Digitale Resilienz ist ein zentraler Baustein, jedoch ist unklar, ob Personal, Expertise und technische Infrastruktur ausreichen, um die Vielzahl hybrider Bedrohungen effektiv zu adressieren.
- Eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Plattformen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ist für die umfassende Bekämpfung von Desinformation entscheidend.

Insgesamt zeigt sich, dass Deutschland mit einem kombinierten Ansatz aus Gesetzgebung, institutioneller Koordination und Bildungsmaßnahmen auf einem guten Weg ist. Gleichzeitig ist die Informationslandschaft zunehmend komplex, die Bedrohungen dynamisch, und gesellschaftliche Polarisierung erschwert die Akzeptanz von Maßnahmen. Kontinuierliche Anpassungen, Evaluierungen und Investitionen bleiben erforderlich, um das Vertrauen in demokratische Prozesse zu sichern und die Integrität von Wahlen zu schützen.

„He says, she says“ und das Spiel mit der Wahrheit – Desinformation in Südkorea

Während Deutschland zunehmend auf ein fein austariertes Zusammenspiel aus europäischen Regulierungen, staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlicher Aufklärung setzt (Bundesregierung, 2021; Verfassungsschutz, o.J.), folgt Südkorea einem anderen Pfad. Der Fokus liegt dort stärker auf nationalen Sicherheitsinteressen, technologischer Überwachung und der strafrechtlichen Sanktionierung von Desinformation (Lee, 2024). Besonders im Kontext politischer Krisen und Wahlkämpfe wird die Verbreitung gezielter Falschinformationen zu einem scharfen politischen Instrument – mit weitreichenden Folgen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Pressefreiheit (The Diplomat, 2024; Reu-

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

ters Institute, 2023). Ein Blick auf die Entwicklungen in Südkorea zeigt, wie fragil demokratische Öffentlichkeiten im digitalen Zeitalter sein können – und wie herausfordernd der Balanceakt zwischen Informationsfreiheit und politischer Stabilität sein kann.

Bereits im Jahr 2017 erwiesen sich Desinformationskampagnen im Zuge des Amtsenthebungsverfahrens gegen die damalige Präsidentin Park Geun-hye als virulent (Deutsche Welle, 2017). Das Potenzial von Falschinformationen, die Kluft zwischen den politischen Lagern zu vergrößern, wurde in den zunehmenden Anfeindungen zwischen Befürworter:innen und Gegner:innen der Amtsenthebung ersichtlich (Sheehy et al., 2024).

Insbesondere im Zusammenhang mit Wahlen zeigte sich in den vergangenen Jahren ein deutlicher Handlungsbedarf im Vorgehen gegen Desinformation. 2022 verbreiteten sich im Vorlauf der Lokalwahlen Deepfake-Videos, in denen der amtierende Präsident Yoon Suk-yeol vermeintlich einen der Lokalkandidaten befürwortete (The Diplomat, 2024). Darüber hinaus wurden in Wahlkämpfen wiederholt Gerüchte über angebliche Verfehlungen der Kandidaten und ihrer Familienangehörigen in Umlauf gebracht (z.B. Shim, 2025). Im südkoreanischen Wahlkampf wurden zusätzlich zahlreiche manipulative oder falsche Inhalte verbreitet. Dazu gehörten unter anderem gefälschte oder verzerrt dargestellte Meinungsumfragen, die vor allem auf YouTube und KakaoTalk zirkulierten. Medienberichte dokumentieren in etwa, dass im Präsidentschaftswahlkampf 2025 irreführende oder erfundene Poll-Grafiken massenhaft in sozialen Netzwerken geteilt wurden (The Korea Herald, 2025).

Ebenfalls kursierten unbelegte Berichte, Nordkorea versuche aktiv, in den Wahlkampf einzugreifen – ein wiederkehrendes Narrativ, das südkoreanische Medien regelmäßig beobachten und als

Desinformation einordnen. Beispielsweise berichtete The Korea Times im Kontext früherer Wahlen über Falschmeldungen, die Kandidat:innen mit angeblichen nordkoreanischen Kontakten in Verbindung brachten (IPG, 2025; Shabath, 2023: 88).

Darüber hinaus verbreiteten YouTube-Kanäle und Blogs irreführende ökonomische Analysen, die im Falle eines Sieges bestimmter Kandidaten bevorstehende wirtschaftliche Krisen prophezeiten. Diese Form der wirtschaftsbezogenen Desinformationen wurde u. a. durch das Seoul National University Desinformation Research Center (SNU-DRC) analysiert, das auf populäre Narrative über Immobilienkrisen und angebliche Staatsbankrottszenarien im Wahlkontext hinweist (SNU-DRC, 2024). Ergänzend dokumentierte BBC Monitoring ähnliche Muster wirtschaftlicher Fehlinformation im südkoreanischen Wahlumfeld (BBC Monitoring, 2022).

Das Teilen von Falschinformationen erfolgt oft über beliebte Messaging-Apps wie KakaoTalk, die durch ihre geschlossenen Chaträume, fehlende Moderation und teils verschlüsselte Kommunikation die Nachverfolgung und Eindämmung solcher Inhalte erheblich erschweren. Zudem nutzen die Urheber:innen die tiefgreifende Polarisierung der südkoreanischen Gesellschaft aus, um besonders emotionale Reaktionen hervorzu rufen und so die Verbreitung unwahrer Inhalte zu beschleunigen. Nicht zuletzt trägt auch der sogenannte „Negativitätsbias“ dazu bei, dass negative, sensationelle Schlagzeilen mehr Aufmerksamkeit erregen und häufiger geteilt werden (Baumeister, Bratslavsky, Finkenauer & Vohs, 2001; Brady et al., 2017).

Für die Parlamentswahl im Frühling 2024 kündigte Seoul daher an, besonders hart gegen die versuchte Einflussnahme durch Desinformation in Form von Deepfakes und Cyberangriffen vorzugehen (Deutsche Welle, 2024). Die



Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

National Election Commission, deren Aufgabe es seit der Revision des Public Official Election Acts ist, die Ausbreitung von Desinformation zu überwachen und einzudämmen, identifizierte im Zeitraum vom 29. Januar bis zum 16. Februar 2024 insgesamt 129 Deepfakes, die sich inhaltlich auf die anstehende Wahl bezogen (The Korea Herald, 2024).

Der Kampf gegen Desinformation ist im Internet besonders herausfordernd. Dies liegt einerseits daran, dass soziale Medien und digitale Nachrichtenplattformen eine essenzielle Rolle für den Nachrichtenkonsum der südkoreanischen Bevölkerung spielen. 80 Prozent der Befragten des Digital News Reports gaben an, ihre Nachrichten über digitale Kanäle zu beziehen. Darunter informierten sich 50 Prozent über YouTube (Reuters Institute, 2025). Ernüchternd war dabei auch das allgemeine Vertrauen in die Berichterstattung. Lediglich 31 Prozent der Bevölkerung äußerten Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Nachrichtenerstattung (Reuters Institute, 2025). Bereits 2019 betonten 59 Prozent der befragten Südkoreaner:innen ihre Besorgnis angesichts der Verbreitung von Falschinformationen. Gerade die Zunahme politisch extremer Ansichten auf YouTube löste ein tiefes Unbehagen aus (Reuters Institute, 2019). Zudem zeigt eine Analyse von Mediaus (2023), dass die allgemeine Vertrauenskrise der südkoreanischen Medien auch strukturelle Ursachen hat: Es gibt kaum noch Medien oder Journalist:innen, die von der Bevölkerung als vertrauenswürdig angesehen werden. Früher konnten bestimmte Zeitungen oder Journalisten durch langfristige Leserbindung Vertrauen aufbauen, heute fehlt diese Kontinuität. Dies wird zusätzlich durch eine Zunahme von Nachrichtenverweigerung und geringerer Nutzung von Nachrichtenquellen verstärkt. Eine direkte Kommunikation zwischen Medien und Publikum sowie eine Stärkung der Medienkompetenz seien wichtige Ansätze zur Wiederherstellung des Vertrauens (Mediaus, 2023).

Hinzu kommt, dass das polarisierte Zweiparteiensystem Südkoreas besonders vulnerabel für den strategischen Missbrauch von Desinformation und der Beziehung ihrer Verbreitung ist. Eine fortschreitende Polarisierung zeichnet sich allgemein dadurch aus, dass sich politische Einstellungen und Loyalitäten in Richtung zweier entgegengesetzter Extrempunkte bewegen und Feindseligkeiten zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern somit zunehmen (Klein, 2021). Die Machtübernahme durch die jeweils andere Partei erscheint in dieser Dynamik als besonders fatal und will verhindert werden. Den beiden großen Massenparteien (derzeit die konservative People Power Party [PPP] und die progressive Democratic Party [DP]) wird in diesem Zusammenhang politisches Kalkül vorgeworfen. Ex-Präsident Yoon war seit Amtsbeginn 2022 mehrfach Ziel der Anschuldigung, die Medienschaltung voranzutreiben und Dissens unter dem Deckmantel von „Fake News“ zum Schweigen zu bringen (Le Monde, 2023). Im September 2022, etwa, tauchte eine Audioaufnahme Yoons auf, in der zu hören war, wie dieser über U.S.-Abgeordnete schimpfte. Yoon beschuldigte daraufhin den Sender MBC, Desinformation zu verbreiten und hinderte dessen Reporter daran, das Präsidentenflugzeug zu betreten (LA Times, 2024). Seit mehreren Jahren wird auch auf internationaler Ebene bemängelt, dass die Pressefreiheit in Südkorea auf dem Rückzug zu sein scheint. Für das Jahr 2024 folgerte Freedom House erneut, dass die Regierung spürbaren Druck auf Journalist:innen ausübe und diese damit einem feindseligen Klima aussetze (2025).

Auch im Verlauf der Staatskrise im Dezember 2024 und des darauffolgenden Amtsenthebungsverfahrens gegen Yoon breiteten sich Desinformationskampagnen rasch über digitale Kanäle aus. Eines ihrer Ziele war der Präsident des südkoreanischen Verfassungsgerichts Moon Hyung-Bae, der das Amtsenthebungs-

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

- Einleitung
- Täuschung als Risiko: Gemeinsame Sorge, verschiedene Antworten
- Deutschland unter Druck: Desinformation wächst schneller als die Gegenmaßnahmen
- Lösungsstrategien gegen Desinformation in Deutschland
- Verbesserungspotenzial und aktuelle Herausforderungen für Deutschland
- „He says, she says“ und das Spiel mit der Wahrheit – Desinformation in Südkorea
- Wie Südkorea Desinformationskampagnen begegnet
- Verbesserungspotenzial und Herausforderungen für Südkorea
- Geteilte Herausforderungen, gemeinsame Chancen
- Fazit
- Literatur
- Über die Autor:innen
- Nachwort

verfahren gegen Yoon anführte. Mit bearbeiteten Bildern wurde Moon unterstellt, Kinderpornografie konsumiert und verbreitet zu haben sowie ein Kolaborateur der chinesischen Regierung zu sein, deren Einfluss auf die Wahlen Yoons Unterstützer:innen befürchteten (The Japan Times, 2025). Dies wurde von Experten als Versuch angesehen, nicht nur die wahrgenommene Legitimität des Verfahrens zu schmälen, sondern auch die Stimmung vor den Neuwahlen nach der drohenden Amtsenthebung Yoos zu beeinflussen (The Japan Times, 2025). Desinformationskampagnen über eine angebliche ausländische Beeinflussung der Wahlen in den Jahren 2020 und 2024 durch Nordkorea und China sind seit einiger Zeit virulent im politischen Diskurs Südkoreas und entluden ihr polarisierendes und destabilisierendes Potenzial zuletzt in Yoos Kriegsrechtsverkündigung am 3. Dezember 2024. Auch in den Nachwehen der Staatskrise beriefen sich Yoon und seine Befürworter:innen auf einen vermeintlichen Wahlbetrug durch China und Nordkorea, beispielsweise mittels angeblich gefälschter Wahlzettel, digitalen Manipulationen der Wahlsysteme oder fehlender Verifizierung der Wähler:innenzahlen. Damit sollte das drastische Vorgehen des Ex-Präsidenten Yoon legitimiert werden (Japan Forward, 2025). Von besonderer Relevanz für die Verbreitung der damit verbundenen Falschinformationen sind rechtspopulistische YouTube-Kanäle (Japan Forward, 2025; Reuters 2024). Auch zahlreiche mithilfe eines KI-gesteuerten „Fake News“-Generators erzeugte Pseudo-Nachrichtenartikel sollen Befürworter:innen und Gegner:innen Yoos gegeneinander aufspielen (Hailey, 2025). Der Generator ermöglichte es, mit wenigen Eingaben komplett, aber frei erfundene Artikel zu erstellen, die äußerlich echten Nachrichten ähnelten. Dabei wurde bewusst auf Social-Media-Plattformen verbreitet, um politische Polarisierung zu verstärken und gezielt Stimmung zu machen. Nach dem erfolgreichen Amtsenthebungsverfahren wurden die nächsten Präsidentschaftswahlen auf den 3. Juni angesetzt. Erneut kursierten KI-generierte Inhalte, die den DP-Kandidaten Lee Jae-myung und Ex-Präsidenten Yoon attackierten, auf TikTok, YouTube und anderen Social-Media-Plattformen (The Japan News, 2025). So wurde etwa auf TikTok am 26. März ein Video veröffentlicht, das Lee in einer Polizeizelle zeigt. In einer weiteren KI generierten Aufnahme kritisierte ein vermeintlich Yoon Stimmeditor Lee mit der Aussage „Are you only interested in dividing people when you say you care about the people's livelihoods?“ (KJAD, 2025)

Wie Südkorea Desinformationskampagnen begegnet

Die südkoreanische Regierung betont die Dringlichkeit einer Strategie gegen Desinformation im Internet. Aufbauend auf dem im September 2024 vorgestellten National Cybersecurity Basic Plan arbeitet sie an Maßnahmen, um Desinformationskampagnen nationaler wie ausländischer Akteure zu begegnen. Parallel wurden gesetzliche Regelungen zur Kennzeichnung von KI generierten Inhalten beschlossen, die ab Januar 2026 in Kraft treten sollen, und Plattformbetreiber werden verpflichtet, sich aktiv an der Bekämpfung von Online Propaganda zu beteiligen (Korea Times, 2024; Korea JoongAng Daily, 2025; BHRC, 2025).

Gesetzliche Regelungen

Mehrere bereits bestehende Gesetzeslagen sollen in Südkorea die Verbreitung von Falschinformationen unterbinden. Unter diesen fokussieren sich einige auf die Verbreitung von Falschinformationen durch die Presse oder Privatpersonen: Der Act on Press Arbitration and Damage Remedies macht Vorgaben für Reparationen und soll rechtliche Konflikte regulieren, die durch die Publikation unwahrer, dem Gemeinwohl schädlicher Informationen durch die Presse ent-



Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

stehen. Im Rahmen von Wahlen regeln Zusätze des Public Official Election Act (POEA) die Strafbarkeit der Veröffentlichen von Falschinformationen über Kandidat:innen und deren Familienangehörige. Nach Artikel 82-4 ist es verboten, Unwahrheiten über zur Wahl stehende Personen zu verbreiten, um deren Wahlchancen zu beeinflussen; Verstöße können mit bis zu fünf Jahren Haft oder einer Geldstrafe von bis zu 30 Mio WON geahndet werden (National Election Commission, South Korea).

Mit einer Änderung Ende 2023 wurde Artikel 82-8 („Election Campaigning Using Deepfake Videos and Similar Methods“) eingeführt. Demnach ist es im Zeitraum von 90 vor der Wahl bis zum Wahltag verboten, Deepfake-Inhalte oder ähnlich manipulierte Medien zu erstellen, zu verbreiten oder für Wahlkampfzwecke zu nutzen. Wer gegen diese Vorschrift verstößt, muss mit bis zu sieben Jahren Haft oder einer Geldstrafe von 10 bis 50 Mio WON rechnen (Verfassungsblog, 2025).

Außerhalb dieses 90 Tage-Zeitraums ist die Nutzung solcher Inhalte zwar grundsätzlich erlaubt, muss jedoch klar als AI-generiert oder manipuliert gekennzeichnet werden; unterlassene Kennzeichnung kann Geldstrafen von bis zu 10 Mio WON nach sich ziehen (Verfassungsblog, 2025).

Diese Bestimmungen gelten auch für die Verbreitung von Falschinformationen über Kandidat:innen allgemein (nicht nur Deepfakes) und können je nach Schwere der Tat mit Haft oder Geldstrafen geahndet werden. Da die Vorschriften relativ neu sind, stehen sie derzeit noch vor juristischen Herausforderungen; so wurde im Oktober 2025 eine Verfassungsbeschwerde gegen Artikel 82 8 von Open Net Korea eingereicht (Open Net, 2025).

Südkorea verfügt darüber hinaus über strenge Diffamierungsgesetze. Nach

dem Cyber Defamation Law können Personen dafür belangt werden, wenn sie Informationen, die einer anderen Person schaden, öffentlich im Internet verbreiten – selbst, wenn diese Informationen der Wahrheit entsprechen. Um der Vielzahl unterschiedlicher, teils sehr breit konzipierter, teils sehr spezifischer Regulationen entgegenzuwirken, wurden 2018 zwei Gesetzentwürfe jeweils von Regierung und Opposition eingereicht. Beide dienten dem Zweck, einen integrativen Rahmen zur Bekämpfung von Desinformation festzulegen. Aufgrund einseitiger Blockade trugen jedoch beide Vorschläge keine Früchte und wurden mit dem Ende der Legislaturperiode letztendlich verworfen (Lee, 2024).

Institutionelle Maßnahmen

Auf die zunehmende Bedrohung der demokratischen Stabilität durch Desinformation reagiert Seoul zudem mit konkreten Bekämpfungsstrategien. Die Korea Communications Commission (KCC) rief 2023 nach Maßgabe des Fake News Eradication Plans eine öffentlich-privat getragene Beratungseinheit ins Leben, die sich der Identifizierung und Beseitigung von Fake News widmet (Digital Policy Alert, 27.9.2023). Mitglieder der KCC, der Korea Communications Standards Commission (KCSC) und Plattformbetreiber wie Naver, Kakao, Google, Meta etc. kooperieren hier, um als Desinformation gemeldete Nachrichten zu überprüfen und die Löschung durch die Plattform zu beantragen.

Fact-Checking

Auch jenseits der Regierung existieren vereinzelt Initiativen, die sich der Aufdeckung von Falschinformationen verschrieben haben. Der SNU FactCheck ist die erste und derzeit einzige Fact-Checking-Plattform Südkoreas. Es handelt sich dabei um eine Kooperation des Seoul National University Institute of Communication Research und 30 südkoreanischen Medienbetreibern (SNU



Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspotenzial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

FactCheck). Nachdem die führende Plattform Naver 2023 die Finanzierung abrupt einstellte, drohte der Fact-Checking-Zentrale zunächst die Schließung (The Diplomat, 2024). Durch die einschreitende finanzielle Unterstützung der European Climate Foundation konnte SNU FactCheck sein Weiterbestehen jedoch zunächst sichern (Reporterslab, 2024). Seit August 2025 sind seine Aktivitäten aufgrund finanzieller Engpässe jedoch ausgesetzt und der SNU Fact Check ist derzeit (Stand November 2025) nicht aktiv im Fact-Checking tätig (Journalist, 2024; Freedom House, 2024)

Verbesserungspotenzial und Herausforderungen für Südkorea

Die Bekämpfung von Desinformation findet in Südkorea in einem herausfordern- den politischen Klima statt. In dem polarierten Zweiparteiensystem ist nicht nur die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit des Parlaments beeinträchtigt, auch der PPP und der DP wird in ihrem Ringen um die öffentliche Zustimmung vorgeworfen, die jeweils andere Seite fälschlicherweise der Verbreitung von Fake News zu bezichtigen. Zusätzlich zeigt sich das Spannungsfeld zwischen notwendigen Regulationen zum Zweck einer wahrheitgetreuen Berichterstattung einerseits und der Meinungs- und Pressefreiheit andererseits mit besonderer Deutlichkeit. Das harte Durchgreifen der Regierung bei der Entfernung von Falschinformationen wurde von zivilgesellschaftlichen Gruppen mehrfach als undemokatisch und verfassungfeindlich kritisiert (Lee, 2024). Die Befürchtung, die unkontrollierte Identifikation von Falschinformationen könne dafür instrumentalisiert werden, die Pressefreiheit einzuschränken, sitzt in Südkorea tief. Ein Beispiel hierfür ist der Aufschrei, mit dem zivilgesellschaftliche Akteure auf die One-Strike-Out-Policy reagierten, die im September 2023 vom KCC durchgesetzt werden sollte. Laut dieser Policy wäre es möglich gewesen,

ganze Nachrichtenplattformen nach nur einer einzigen Falschmeldung zu verbieten (Hankyoreh, 2023). Das strenge Vorgehen wurde als Reaktion auf die vermeintlichen Versuche gedeutet, die Präsidentschaftswahlen 2022 durch die Verbreitung von Desinformation beeinflussen zu wollen. In diesem Zusammenhang wurde der zu diesem Zeitpunkt amtierende Präsident Yoon scharf für seinen Umgang mit kritischer Berichterstattung bemängelt (Hankyoreh, 2023). Nicht nur derartige Strategien, sondern auch die Reduktion des KCCs und der plötzliche Rückzug Navers aus der Finanzierung des SNU FactChecks wurden hinsichtlich der Erosion von Pressefreiheit unter der Präsidentschaft Yoons kritisiert (The Diplomat, 2024).

Transparenz und Effektivität der Ge- setzgebung

Um dem daraus resultierenden Misstrauen und der befürchteten Arbitrarität der Bestimmung von Desinformation entgegenzuwirken, bedarf es vor allem eines integrativen rechtlichen Rahmens, der Definitionen und Zuständigkeiten für die Identifikation und Entfernung von Falschmeldungen vereinheitlicht. Dies würde die Handlungsfähigkeit der verantwortlichen Akteure erhöhen. Um Ziele und Anwendungskontexte transparent zu gestalten, ist zudem die klare Festlegung dessen, was „Desinformation“ bedeutet und welche Gefahren durch ihre Verbreitung entstehen – etwa die Gefährdung demokratischer Stabilität und eine politische wie affektive Polarisierung der Bevölkerung – grundlegend. Zu diesem Zweck erscheint auch eine größere Vernetzung der Bemühungen zielführend: Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich dem Kampf gegen Desinformation verschrieben haben, können von der Regierung mit einbezogen werden und ihre Expertise auf diesem Weg einbringen. Durch das ausgeweitete Mitspracherecht könnte darüber hinaus auch das Vertrauen in die Bekämpfungsstrategien von Desinformation gestärkt

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

werden. Als stark vernetztes Land ist Südkorea besonders anfällig für die Ausbreitung von Desinformation im Internet – mittlerweile beziehen 4/5 der Bevölkerung ihre Nachrichten über Online-Kanäle (Reuters Institute, 2025). Dazu zählen neben Online-Nachrichtenportalen und sozialen Netzwerken auch Messenger-Dienste wie KakaoTalk, die mehrfach als Inkubator für Verschwörungstheorien und Desinformation benannt wurden (Bundeszentrale für Politische Bildung, 2024). Besondere Dringlichkeit gilt hier der Bekämpfung von Deepfakes. Mit zwei Gesetzeszusätzen, je zum Act on Promotion of Information and Communications and Information Protection und zum Special Act on the Punishment of Sexual Violence Crimes, wurde bereits versucht, gezielt gegen diese Form digitaler Desinformation vorzugehen (Lee, 2024). Südkorea könnte darüber hinaus seine Vorreiterposition in der Digitalisierung nutzen und mit dem Privatsektor zusammenarbeiten, um technologische Lösungen zur Bekämpfung KI-generierter Desinformation zu entwickeln. Auch eine engere Zusammenarbeit mit Plattformen, besonders YouTube, ist ein möglicher Ansatzpunkt für die Eindämmung von Falschinformationen. Gerade da 50 Prozent der südkoreanischen Bevölkerung ihre Nachrichten laut dem Digital News Report 2025 über das Video-Portal beziehen, muss Seoul trotz der Schwierigkeiten internationaler Kooperation eine enge Zusammenarbeit im Vorgehen gegen Desinformation anstreben.

Medienkompetenz fördern

Die Verbreitung von Falschinformationen in sozialen Netzwerken und auf YouTube rückt nicht zuletzt eine bedeutende Bekämpfungsstrategie in den Fokus: Um der Wirkungskraft von Desinformationskampagnen entgegenzuwirken, sind Bildungsangebote zur Erhöhung der Medienkompetenz und zur Förderung eines kritischen Umgangs mit (Online-)Berichterstattung von zentraler Bedeutung. Was in Südkorea bislang zu kurz

kommt, sind breitflächige Programme, die über Desinformation aufklären: darüber, was Desinformation ist, was ihre Gefahren sind und woran man sie erkennen kann. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen können in den Auftrag eingebunden werden, die Bevölkerung darin zu schulen, Falschinformationen selbst zu erkennen und eigenständig zwischen glaubwürdigen und irreführenden Narrativen zu unterscheiden. Anstelle der Bekämpfung von Desinformation durch Crackdowns von Seiten der Regierung, ginge es hier darum, die Fähigkeit zur kritischen Meinungsbildung und einen differenzierten Umgang mit Informationen im Internet in der Bevölkerung zu fördern.

Neben einer effektiven Bekämpfung von Desinformation könnten eine erhöhte Transparenz, der Einbezug zivilgesellschaftlicher Organisationen wie auch die Förderung von Bildungsangeboten dazu beitragen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Berichterstattung und die Demokratie zu regenerieren.

Geteilte Herausforderungen, ge- meinsame Chancen

Gezielt gestreute Falschinformationen stellen sowohl in Deutschland als auch in Südkorea ein Hindernis für die Funktionalität demokratischer Prozesse dar. Der Global Risk Report 2024 des World Economic Forums ergab, dass insbesonders KI-generierte Desinformation von Expert:innen als größter Risikofaktor für eine globale Krise in den nächsten zwei Jahren eingeschätzt wird (World Economic Forum, 2024). Die Ansätze, mit denen Deutschland und Südkorea versuchen, Desinformationskampagnen einzudämmen, unterscheiden sich sichtlich. Was können beide Länder ange-
sichts dieser geteilten Herausforderung sowohl voneinander als auch miteinan-
der lernen?

Besonders in Südkorea zeigt sich, in welch paradoxem Spannungsfeld sich

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

die Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation letztendlich bewegen. Verschärfte Regulationen von staatlicher Seite treffen wiederholt auf Kritik an einer geminderten Presse- und Redefreiheit. Ein bedeutender Faktor für diese Dynamik ist die mangelnde Transparenz im Kampf gegen die Verbreitung von Desinformation.

Die Definition eines klaren rechtlichen Rahmens, der die Grenzen zwischen Meinungsäußerung und Desinformation absteckt und das Vorgehen verschiedener Akteure einheitlich reguliert, wäre ein sinnvoller Schritt, um jenen Kampf transparenter zu gestalten. Deutlich ist, dass die Bekämpfung von Desinformation nur unter Einbezug unterschiedlicher Akteure auf mehreren Ebenen gelingen kann (Jansen et al., 2020). Anstelle zahlreicher Anlaufstellen und vereinzelter Gesetze ist daher auch hier ein klarer, integrativer Rahmen für die Kooperation und Zuständigkeiten zivilgesellschaftlicher, staatlicher und internationaler Akteure nötig. Mit der angekündigten Einrichtung der zentralen Koordinierungsstelle Zentrum für Digitale Resilienz kann Deutschland an dieser Stelle als Vorbild dienen. Jedoch gibt es in beiden Ländern Verbesserungsbedarf bei der Ausarbeitung klarer Zuständigkeiten und Durchsetzungsmechanismen, mit denen Desinformation effektiv entgegengewirkt werden kann – eine Aufgabe, in der beide Länder durch einen konstruktiven Austausch der Expertise und der Erfahrungswerte des jeweils anderen Landes profitieren können.

In Deutschland wird darüber hinaus vermehrt an Angeboten gearbeitet, die die Medienkompetenz der Bevölkerung stärken und diese dazu befähigen sollen, Desinformation eigenständig zu identifizieren. Angebote dieser Natur sind in Südkorea bislang nur selten anzutreffen – und dies, obwohl die Förderung des kritischen Umgangs mit Nachrichteninhalten wiederholt als grundlegende Strategie gegen die Wirkungskraft von

Desinformation hervorgehoben wird (z.B. Amadeu Antonio Stiftung, 2020). Nicht nur in Südkorea könnte in diesem Bereich von den bereits erprobten Strategien deutscher Akteure profitieren, in der gemeinsamen Zusammenarbeit könnten darüber hinaus Bildungskonzepte für die Bevölkerungen beider Länder weiterentwickelt werden. Denn auch in Deutschland gibt es noch Einiges zu tun – insbesondere hinsichtlich der Verankerung von Medienkompetenztraining in Lehrplänen und in der Erwachsenenbildung. Woran es bislang mangelt, sind gerade niedrigschwellige Aufklärungsangebote, die auch Bevölkerungsgruppen erreichen, die sich von dem Mainstream-Diskurs über Desinformation nicht abgeholt fühlen (Amadeu Antonio Stiftung, 2020):

- Was sind eigentlich die Gefahren von Desinformation?
- Warum genau wird eine Aussage als demokratiefeindlich/rassistisch/etc. bezeichnet?
- Woran können rhetorische Strategien antidemokratischer Akteure erkannt werden?
- Und wie können sich Bürger:innen davor schützen, in ihrem Alltag auf Falschinformationen hereinzufallen?

Eine fundamentale Rolle spielen für diesen Auftrag zivilgesellschaftliche Organisationen (Jansen et al., 2020). Auch Medienhäuser in beiden Ländern haben die Chance, aber auch die besondere Pflicht, als Vorbild journalistischer Standards einzustehen und können in diesem Zuge darüber aufklären, wie gezielt manipulative Falschmeldungen entgegen einem qualitativ hochwertigen Journalismus verfasst sind (Jansen et al., 2020).

Deutschland könnte zudem von technologischen Lösungen zur Bekämpfung von digitaler Desinformation aus Südkorea lernen.

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

korea profitieren. Angesichts der akuten Dringlichkeit eines wirksamen Vorgehens gegen Desinformation im Internet könnte Südkorea seine Vorreiterstellung in der Technologisierung nutzen, um innovative Technologien beispielsweise zur Identifikation von Social-Media-Bots, KI-generierten Falschmeldungen und Deepfakes zu entwickeln. Investitionen und Kooperationen zwischen beiden Staaten in der Entwicklung solcher technologischen Lösungen könnten diesen Prozess beschleunigen, die Reaktionszeit im Kampf gegen Desinformation im Netz verringern und diesen damit zukunftsfähiger machen.

Sowohl Südkorea als auch Deutschland müssen mit den Herausforderungen, die durch die Verbreitung von Desinformation entstehen, wachsen. Für beide Länder ist es notwendig, die Erforschung von Desinformation, ihre Wirkungsmechanismen und Bekämpfungsstrategien intensiv zu fördern. Ausschlaggebend für ein geschärftes Vorgehen sind unter anderem belastbare empirische Daten zur Effektivität einzelner Gegenmaßnahmen. Letztendlich bleibt auch zu konstatieren, dass Demokratien ein gewisses Maß an Falschinformationen aushalten müssen, nämlich so lange, wie diese als Meinung gedeutet werden können. Neben dem Schutz der Opfer von Desinformation müssen beide Länder daher auch die Rechte derjenigen Personen schützen, deren (Online-)Beiträge unrechtmäßig entfernt wurden. Für beide Personengruppen müssen entsprechende Meldestellen und Hilfsangebote ins Leben gerufen werden (Jansen et al., 2020).

Fazit

Die Bekämpfung von Desinformation stellt Demokratien weltweit vor erheblich Herausforderungen – wie können die Gefahren von Desinformationskampagnen vorgebeugt werden, ohne die Presse- und Meinungsfreiheit einzuschränken?

Deutschland und Südkorea haben unterschiedliche Ansätze entwickelt, die jeweils ihre eigenen Stärken und Schwächen aufweisen. Während Deutschland auf gesetzliche Regelungen wie das Digitale-Dienste-Gesetz und institutionelle Maßnahmen wie das Bundeszentrum für digitale Resilienz setzt, fokussiert Südkorea auf technologische Lösungen und enge Kooperationen zwischen Regierung und Technologieunternehmen. Beide Länder betonen die Bedeutung von Medienkompetenzprogrammen, um die Resilienz der Bevölkerung gegenüber Falschinformationen zu stärken.

Trotz dieser Bemühungen bleibt die Gratwanderung zwischen effektiver Bekämpfung von Desinformation und dem Schutz der Meinungsfreiheit eine zentrale Herausforderung. Kritiker in beiden Ländern warnen vor möglichen Eingriffen in Grundrechte und fordern transparente sowie rechtsstaatliche Verfahren. Die Dynamik und Komplexität von Desinformationskampagnen erfordern daher kontinuierliche Anpassungen der Strategien und eine enge internationale Zusammenarbeit.

Letztlich zeigt der Vergleich, dass es keine universelle Lösung gibt. Vielmehr müssen Maßnahmen stets im Kontext der jeweiligen politischen Kultur und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entwickelt werden. Der Austausch bewährter Praktiken und die gemeinsame Forschung auf internationaler Ebene können jedoch dazu beitragen, effektive und demokratieverträgliche Ansätze zur Bekämpfung von Desinformation zu fördern.

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

Literatur

Ahn, Yeong-chun (2023): Korean media regulator's "one strike" policy for "fake news" denounced as censorship, in: *Hankyoreh*, 20.09.2023 [online] https://english.hani.co.kr/arti/english_edition/e_national/1109359.html [abgerufen am 9. November 2025]

Amadeu Antonio Stiftung (2020): Alternative Wirklichkeiten. Monitoring Rechts-alternativer Medienstrategien, in: *Amadeu Antonio Stiftung* [online] https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Monitoring_2020_web.pdf [abgerufen am 9. November 2025]

Arxiv (2025): Early DSA Compliance Issues and Suggestions for Improvement, in: arXiv.org [online] <https://arxiv.org> [abgerufen am 9. November 2025]

Baumeister, Roy F./Bratslavsky, Ellen/Finkenauer, Catrin/Vohs, Kathleen D. (2001): Bad is stronger than good, in: *Review of General Psychology*, Vol. 5(4).

Bayern (2025): Bayern-Allianz gegen Desinformation, in: *Bayerische Staatskanzlei* [online] <https://www.bayern.de> [abgerufen am 9. November 2025]

BBC Monitoring (2022): South Korea: Fake polls and economic narratives in election context, in: *BBC Monitoring* [online] https://www.acice-asean.org/files/information%20centre%20reports/jun_25_info.pdf [abgerufen am 9. November 2025]

Bertelsmann Stiftung (2024): Vertrauen in Demokratie und Desinformation – Umfragebericht, in: *Bertelsmann Stiftung* [online] <https://www.bertelsmann-stiftung.de> [abgerufen am 9. November 2025]

BHRR (2025): Korea's new deepfake and AI content labeling regulations, in: *Business & Human Rights Resource Centre* [online] <https://www.business-humanrights.org> [abgerufen am 9. November 2025]

Brady, William J./Wills, Julian A./Jost, John T./Tucker, Joshua A./Van Bavel, Jay J. (2017): Emotion shapes the diffusion of moralized content in social networks, in: *PNAS*, Vol. 114(28).

Bundesnetzagentur (2024): Digitale-Dienste-Gesetz (DDG), in: *Bundesnetzagentur* [online] <https://www.bundesnetzagentur.de> [abgerufen am 9. November 2025]

Bundesregierung (2021): Strategie gegen Desinformation und Fake News, in: *Die Bundesregierung* [online] <https://www.bundesregierung.de> [abgerufen am 9. November 2025]

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

fen am 9. November 2025]

Bundeszentrale für Politische Bildung (2024): Desinformation in sozialen Netzwerken – Hintergründe und Beispiele, in: *Bundeszentrale für Politische Bildung* [online] <https://www.bpb.de> [abgerufen am 9. November 2025]

Correctiv (2021): Faktenforum und Faktencheck-Prozesse, in: *Correctiv* [on-
line] <https://correctiv.org> [abgerufen am 9. November 2025]

Correctiv (2025): Russische Desinformationskampagnen in Deutschland
2025 aufgedeckt, in: *Correctiv* [online] <https://correctiv.org> [abgerufen am 9. November 2025]

Dal, Yong Jin (2024): Digital Platforms and Super Apps in East Asia, in:
Bundeszentrale für Politische Bildung [online] [https://www.bpb.de/the-
men/medien-journalismus/facts-contexts/facts-contexts-en/trail-of-ru-
mours/552781/digital-platforms-and-super-apps-in-east-asia/](https://www.bpb.de/the-
men/medien-journalismus/facts-contexts/facts-contexts-en/trail-of-ru-
mours/552781/digital-platforms-and-super-apps-in-east-asia/) [abgerufen am 9. November 2025]

Deutscher Bundestag (2024): Umsetzung des Digital Services Act (DSA) in
deutsches Recht – Gesetzesfolgenabschätzung, in: *Deutscher Bundestag*
[online] <https://www.bundestag.de> [abgerufen am 9. November 2025]

Deutsche Welle (2017): Lügenpresse auf Koreanisch, in: *Deutsche Welle*,
21.04.2017 [online] [https://www.dw.com/de/l%C3%BCgenpresse-auf-ko-
reanisch/a-38534765](https://www.dw.com/de/l%C3%BCgenpresse-auf-ko-
reanisch/a-38534765) [abgerufen am 9. November 2025]

Deutsche Welle (2024): South Korea battling deepfakes ahead of key
election, in: *Deutsche Welle*, 02.04.2024 [online] [https://www.dw.com/en/so-
uth-korea-battling-deepfakes-ahead-of-key-election/a-68712855](https://www.dw.com/en/so-
uth-korea-battling-deepfakes-ahead-of-key-election/a-68712855) [abge-
rufen am 9. November 2025]

Digital Policy Alert (2023): Launch of consultative body under Fake News
Eradication Task Force, in: *Digital Policy Alert*, 27.09.2023 [online] [https://digitalpolicyalert.org/event/14707-launch-of-consultative-body-under-fake-
news-eradication-task-force](https://digitalpolicyalert.org/event/14707-launch-of-consultative-body-under-fake-
news-eradication-task-force) [abgerufen am 9. November 2025]

DW (2024): KI-generierte Wahlpropaganda in Deutschland – Wie Deep-
fakes den Wahlkampf beeinflussen, in: *Deutsche Welle* [online] <https://www.dw.com> [abgerufen am 9. November 2025]

EDMO (2024): Desinformation zur Europawahl 2024 in Telegram-Gruppen,
in: *European Digital Media Observatory* [online] <https://edmo.eu> [abgerufen am 9. November 2025]

EDMO (2025): EU-weite Kooperationen zur Bekämpfung von Desinforma-
tion, in: *European Digital Media Observatory* [online] <https://edmo.eu> [ab-

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

gerufen am 9. November 2025]

Euronews (2024): Fake News Netzwerke zur Europawahl 2024, in: *Euronews* [online] <https://www.euronews.com> [abgerufen am 9. November 2025]

FES (2023): Desinformation und Demokratie, in: *Friedrich-Ebert-Stiftung* [online] <https://www.fes.de> [abgerufen am 9. November 2025]

Freedom House (2025): South Korea – Freedom in the World 2025, in: *Freedom House* [online] <https://freedomhouse.org/country/south-korea/freedom-world/2025> [abgerufen am 9. November 2025]

Freiheit (2018): Automatisierte Löschalgorithmen und Overblocking, in: *Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF)* [online] <https://freiheitsrechte.org> [abgerufen am 9. November 2025]

Freiheitsrechte (2025): Klage gegen X wegen Forschungszugang zu Platt-
formdaten, in: *Gesellschaft für Freiheitsrechte* [online] <https://freiheitsrechte.org> [abgerufen am 9. November 2025]

FSM (2024): Neues Digitale-Dienste-Gesetz: Umsetzung des DSA in
Deutschland, in: *Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter* [on-
line] <https://www.fsm.de> [abgerufen am 9. November 2025]

Hailey, Jo (2025): Bogus articles on South Korean president's impeachment trial made with 'fake news generator' spread online, in: *AFP Fact Check*, 20.03.2025 [online] <https://factcheck.afp.com/doc.afp.com.372T6Q6> [abge-
rufen am 9. November 2025]

ISD (2024): Desinformationsnetzwerke im Bundestagswahlkampf 2025, in: *Institute for Strategic Dialogue* [online] <https://www.isdglobal.org> [abgeru-
fen am 9. November 2025]

Jansen, Carolin/Paul Johannes/Nicole Krämer/Michael Kreutzer/Lena Löber/Lars Rinsdorf/Alexander Roßnagel/Leonie Schaewitz (2020): *Handlungsempfehlungen zum Umgang und zur Bekämpfung von Des-
information*, in: Nomos Verlag [online] <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748904816.pdf> [abgerufen am 9. November 2025]

Japan Forward (Nishioka, Tsutomu) (2025): How election fraud theories in South Korea split Conservatives, in: *Japan Forward*, 11.02.2025 [online] <https://japan-forward.com/how-election-fraud-theories-in-south-korea-split-conservatives/> [abgerufen am 9. November 2025]

Jang, Heesoo (2024): South Korea's Press Freedom Under Fire, in: *The Dip-
lomat*, 14.03.2024 [online] <https://thediplomat.com/2024/03/south-koreas-press-freedom-under-fire/> [abgerufen am 9. November 2025]

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagn-
en begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

KJAD (2025): Deepfake Manipulation in South Korea's 2025 Election, in: *Korea JoongAng Daily* [online] <https://koreajoongangdaily.joins.com> [abge-
rufen am 9. November 2025]

Klein, Ezra (2021): *Why We're Polarized*, London: Profile Books.

Korea Herald (2024): [Editorial] Deepfake risks in election, in: *The Korea Herald*, 22.02.2024 [online] <https://www.koreaherald.com/article/3333830> [abgerufen am 9. November 2025]

Korea Herald (2025): Misinformation floods South Korea's local elections, in: *The Korea Herald* [online] <https://www.koreaherald.com> [abgerufen am 9. November 2025]

Korea JoongAng Daily (2025): AI-generated content labeling law takes effect 2026, in: *Korea JoongAng Daily* [online] <https://koreajoongangdaily.joins.com> [abgerufen am 9. November 2025]

Landtag NRW (2025): DigitalCheck NRW – Medienkompetenz fördern, in: *Landtag Nordrhein-Westfalen* [online] <https://www.landtag.nrw.de> [abgeru-
fen am 9. November 2025]

Lee, Seungmin (2024): AI and Elections: Lessons From South Korea, in: *The Diplomat*, 13.05.2024 [online] <https://thediplomat.com/2024/05/ai-and-elections-lessons-from-south-korea/> [abgerufen am 9. November 2025]

Lee, Sook Jong (2024): Tackling Disinformation: International Regulatory Trends and South Korea's Strategy (Working Paper), in: *East Asia Institute* [online] https://www.eai.or.kr/new/en/etc/search_view.asp?intSeq=22545 [abgerufen am 9. November 2025]

Le Monde (Mesmer, Philippe) (2023): The return of media censorship in South Korea, in: *Le Monde*, 04.12.2023 [online] https://www.lemonde.fr/en/international/article/2023/12/04/the-return-of-media-censorship-in-south-korea_6310731_4.html [abgerufen am 9. November 2025]

Merlin (2024): Kommentar zum Digital Services Act, in: *Merlin* [online] <https://www.merlin.eu> [abgerufen am 9. November 2025]

MiWi-Institut (2024): Desinformation und politische Polarisierung, in: *MiWi-Institut* [online] <https://www.miwi-institut.de> [abgerufen am 9. November 2025]

Newman, Nic/Amy Ross Arguedas/Craig T. Robertson/Rasmus Kleis Nielsen/Richard Fletcher (2025): *Reuters Institute Digital News Report 2025*, in: *Reuters Institute* [online] <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk> [abgeru-

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Antworten

Deutschland unter Druck: Desinformation wächst schneller als die Gegenmaßnahmen

Lösungsstrategien gegen Desinformation in Deutschland

Verbesserungspotenzial und aktuelle Herausforderungen für Deutschland

„He says, she says“ und das Spiel mit der Wahrheit – Desinformation in Südkorea

Wie Südkorea Desinformationskampagnen begegnet

Verbesserungspotenzial und Herausforderungen für Südkorea

Geteilte Herausforderungen, gemeinsame Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

fen am 9. November 2025]

Reuters (2024): Inside South Korea's right-wing YouTube world openly embraced by Yoon, in: *Reuters*, 16.12.2024 [online] <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/inside-south-koreas-right-wing-youtube-world-openly-embraced-by-yoon-2024-12-16/> [abgerufen am 9. November 2025]

Reuters Institute (2024): Digital News Report Germany 2024, in: *Reuters Institute* [online] <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk> [abgerufen am 9. November 2025]

Reuters Institute (2025): Digital News Report South Korea 2025, in: *Reuters Institute* [online] <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk> [abgerufen am 9. November 2025]

Ryall, Julian (2024): South Korea battling deepfakes ahead of key election, in: *Deutsche Welle*, 02.04.2024 [online] <https://www.dw.com/en/south-korea-battling-deepfakes-ahead-of-key-election/a-68712855> [abgerufen am 9. November 2025]

Security Insider (2025): Zentrum für Digitale Resilienz startet – Bundesweite Koordinierungsstelle gegen hybride Bedrohungen, in: *Security Insider* [online] <https://www.security-insider.de> [abgerufen am 9. November 2025]

Sheehy, Benedict/Sujin Choi/Md Irfanuzzaman Khan/Bruce Baer Arnold/Yoonmo Sang/Jae-Jin Lee (2024): Truths and Tales: Understanding Online Fake News Networks in South Korea, in: *Journal of Asian and African Studies* [online] doi:10.1177/00219096231224672 [abgerufen am 9. November 2025]

Shim, Kyu-Seok (2025): South Korea election hit by misinformation, in: *AFP Fact Check*, 03.06.2025 [online] <https://factcheck.afp.com/doc.afp.com.48ZT8CP> [abgerufen am 9. November 2025]

SNU FactCheck (2025): About SNUfactcheck, in: *Seoul National University* [online] <https://factcheck.snu.ac.kr/landing> [abgerufen am 9. November 2025]

Stencel, Mark/Erica Ryan/Joe Luther (2024): With half the planet going to the polls in 2024, fact-checking sputters, in: *Poynter*, 30.05.2024 [online] <https://www.poynter.org/fact-checking/2024/duke-reporters-lab-fact-checking-census-2024/> [abgerufen am 9. November 2025]

SWP (2024): Desinformation und demokratische Resilienz – Forschungsbericht, in: *Stiftung Wissenschaft und Politik* [online] <https://www.swp-berlin.org> [abgerufen am 9. November 2025]

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagn-
en begegnet

Verbesserungspoten-
zial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

The Japan News (Yoda, Kazusa) (2025): Online Disinformation Rampant Ahead of South Korea Election, in: *The Japan News*, 21.04.2025 [online] <https://japannews.yomiuri.co.jp/world/asia-pacific/20250421-250297/> [abgerufen am 9. November 2025]

The Japan Times (Kyu-Seok Shim) (2025): Top South Korean judge faces disinformation deluge as Yoon impeachment looms, in: *The Japan Times*, 19.02.2025 [online] <https://www.japantimes.co.jp/news/2025/02/19/asia-pacific/politics/south-korea-disinformation-yoon/> [abgerufen am 9. November 2025]

The Korea Times (Nam, Hyun-woo) (2024): President calls for global alliance to combat misinformation, in: *The Korea Times*, 20.03.2024 [online] <https://www.koreatimes.co.kr/foreignaffairs/20240320/president-calls-for-global-alliance-to-combat-misinformation> [abgerufen am 9. November 2025]

Verfassungsblog (2025): Regulierung von Deepfakes im südkoreanischen Wahlrecht (Artikel 82-8 POEA), in: *Verfassungsblog* [online] <https://verfassungsblog.de> [abgerufen am 9. November 2025]

Welt (2022): Digital Services Act – Europas Antwort auf Desinformation, in: *Die Welt* [online] <https://www.welt.de> [abgerufen am 9. November 2025]

Weizenbaum-Institut (2024): Enabling Research with Publicly Accessible Platform Data – Early DSA Compliance Issues and Suggestions for Improvement, in: *Stiftung Neue Verantwortung & Weizenbaum-Institut* [online] <https://www.weizenbaum-institut.de> [abgerufen am 9. November 2025]

World Economic Forum (2024): Global Risks Report 2024, in: *World Economic Forum* [online] <https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2024/> [abgerufen am 9. November 2025]

Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Ant-
worten

Deutschland unter
Druck: Desinforma-
tion wächst schneller
als die Gegenmaß-
nahmen

Lösungsstrategien
gegen Desinformation
in Deutschland

Verbesserungs-
potenzial und aktuelle
Herausforderungen
für Deutschland

„He says, she says“
und das Spiel mit der
Wahrheit – Desinfor-
mation in Südkorea

Wie Südkorea Des-
informationskampagnen
begegnet

Verbesserungspotenzial und Herausforde-
rungen für Südkorea

Geteilte Herausforde-
rungen, gemeinsame
Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

Über die Autor:innen

Julian Klose

Julian Klose ist PR-Redakteur der Stadt Heidelberg und macht komplexe Themen verständlich. Zuvor arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Research Fellow und Konfliktforscher – meist zu Fragen zwischen Seoul, Pyongyang und Südostasien.



Seit 2024 ist er gemeinsam mit Romany Schmidt Team-Lead der AG „Themen und Politik“ im Netzwerk Junge Generation Deutschland-Korea und veröffentlicht regelmäßig zu koreanischer Politik, Gesellschaft und Sicherheit. Seine Arbeiten reichen von außenpolitischen Analysen bis zu Essays über nordkoreanische Armbanduhren, was seinen Blick für die wirklich spannenden Themen unterstreicht.

Abseits von Beruf und Forschung genießt er gute koreanische Küche und engagiert sich für verständliche, differenzierte Debatten zwischen Deutschland und Korea.

Romany Schmidt

Bei Tag arbeitet Romany Schmidt in der Kommunikation eines Kunstmuseums, bei Nacht ist sie Doktorandin in der Politischen Theorie und beschäftigt sich mit Gewaltnarrativen in Demokratien Ost- und Südostasiens. Ihre Begeisterung für Korea entdeckte sie im Zuge einer intensiven Auseinandersetzung mit der Menschenrechtslage in Nordkorea. Seit 2024 ist sie gemeinsam mit Julian Klose Team-Lead der AG „Themen und Politik“ des Netzwerk Junge Generation Deutschland-Korea und veröffentlicht regelmäßig zu koreanischer Politik und Gesellschaft. Ihr Ziel ist es, Begegnungsräume zu schaffen, in denen Menschen sich zu aktuellen Fragen austauschen können – und darüber, wie wir als Gemeinschaft zusammenleben (wollen!).



Kampf gegen die Lüge: Wie der Schutz vor Desinformation Demokratien an ihre Grenzen bringt

Einleitung

Täuschung als Risiko:
Gemeinsame Sorge,
verschiedene Antworten

Deutschland unter Druck: Desinformation wächst schneller als die Gegenmaßnahmen

Lösungsstrategien gegen Desinformation in Deutschland

Verbesserungspotenzial und aktuelle Herausforderungen für Deutschland

„He says, she says“ und das Spiel mit der Wahrheit – Desinformation in Südkorea

Wie Südkorea Desinformationskampagnen begegnet

Verbesserungspotenzial und Herausforderungen für Südkorea

Geteilte Herausforderungen, gemeinsame Chancen

Fazit

Literatur

Über die Autor:innen

Nachwort

Über das Netzwerk

Verständnis, Vertrauen und Respekt füreinander sind die Basis einer jeden Freundschaft. Das gilt auch für Freundschaften zwischen Ländern. Daher ist es für die bilateralen Beziehungen Deutschlands und Koreas von enormer Bedeutung, junge Menschen aus beiden Ländern an die jeweils andere Kultur heranzuführen und sie für lebendigen Austausch in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zu begeistern.

Die Jugend Deutschlands und Koreas sollte sich daher den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gemeinsam stellen, voneinander lernen, sich kennen und verstehen, um das solide Fundament der deutsch-koreanischen Beziehungen auch in Zukunft zu sichern und weiterzuentwickeln.

Das Deutsch-Koreanische Forum (DKF) und Juniorforum (DKJF) diskutieren einmal im Jahr die wichtigen Themen der bilateralen Zusammenarbeit und erarbeiten Empfehlungen an beide Regierungen.

IHR WOLLT MEHR ERFAHREN?

Besucht unsere Website:

Oder findet uns auf Social Media:





한독 청년 네트워크
NETZWERK JUNGE GENERATION
DEUTSCHLAND-KOREA

INFO@NETZWERK-JUNGE-GENERATION.DE

KONTAKT:
NETZWERK JUNGE GENERATION
DEUTSCHLAND-KOREA
C/O G+H COMMUNICATION
LEIBNIZSTRASSE 28
10625 BERLIN

gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend